

## Behörden durch „Cloud Computing“ auf Wolke 7

Laut einer Studie des FAZ-Instituts sehen 81 Prozent der kommunalen Verwaltungsentscheider neue IT-Infrastrukturen als Chance. Dennoch ist die Akzeptanz für innovative Informationstechnik derzeit sehr gering. Dabei sehen Professoren und Experten von der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler IT-Dienstleister vor allem im Cloud Computing (Rechnerwolke) trotz rechtlicher Hürden ein enormes Wachstumspotenzial. Das Konzept verspricht durch die Auslagerung der Anwendungen und Daten vom lokalen Rechner oder Rechenzentren in eine virtuelle Wolke im Internet eine Effizienzsteigerung. Es steht eine riesige Rechnerleistung zur Verfügung, und Daten können von überall aus abgerufen werden. Bürger müssten so beispielsweise nicht mehr von Amt zu Amt rennen, weil Informationen zwischen den Behörden leichter ausgetauscht werden könnten. Teure Festplatten würden damit ebenfalls der Vergangenheit angehören.

Da die Verwaltung Bürgern gegenüber verpflichtet ist, deren Daten zu schützen und den Speicherort zu kennen, ist die Nutzung von Cloud Computing bisher nur eingeschränkt nutzbar. Die Rechnerwolke könnte jedoch statt bei Google, Apple & Co von öffentlichen IT-Dienstleistern im Auftrag der Verwaltung selbst konstruiert werden. Damit würde dem Datenschutzrecht wieder Genüge getan. Zudem sind die Informationen dort besser gegen Hackerangriffe geschützt als in kleinen Behörden. Die Idee der virtuellen Wolke existiert schon seit 15 Jahren, weil Internetverbindungen damals noch sehr teuer waren. Im Prinzip sind online E-Mailpostfächer oder soziale Plattformen nichts anderes als eine Cloud. > LOH

## TU-Professor: Metropolen sollen stärker mit ländlichem Raum kooperieren, statt weiter auf dessen Kosten zu wachsen Stadt und Land nicht Hand in Hand

Das erste Fazit der Konferenz „Stadt braucht Land braucht Stadt“ von der europäischen Arbeitsgemeinschaft Landentwicklung und Dorferneuerung in Freising stand schnell fest: Nicht nur in Bayern, sondern europaweit sind sich Kommunalexperten einig, dass es statt „Stadt braucht Land braucht Stadt“ genauso gut heißen könnte „Parasit braucht Wirt braucht Parasit“. „Städte benutzen das Land, um wie ein Parasit zu wachsen“, erklärt der TU-Professor und Präsident der Akademie für den ländlichen Raum, Holger Magel, in Anlehnung an die Aussage von Freisinger Oberbürgermeister Dieter Thalhammer (SPD). „In osteuropäischen Ländern ist das Thema mangels ausgebildeter Zivilgesellschaft nur noch nicht so deutlich ausformuliert worden.“

Aus diesem Grund fordert er in Europa eine bessere Vernetzung zwischen Verwaltung, Wissenschaft und Forschung. Vor allem



Holger Magel.

FOTO LOHMANN

sollten Netzwerke im Gebiet Landentwicklung und Dorferneuerung gebildet werden. Nicht zuletzt müsse die Stadt-Land-Partnerschaft transparenter und konkreter aufgearbeitet werden: „Wir wissen viel zu wenig voneinander, und durch die Eurokrise kommen viele Vorurteile hoch“, erklärt Magel. Außerdem sei die interkommunale Zusammenarbeit kein Bund der Ehe, sondern vielmehr eine „varia-

ble Geometrie“: Jede Gemeinde kann sich für unterschiedliche Bereiche unterschiedlich binden.

Noch mehr Erfahrungen sollten diesbezüglich auch im Freistaat gesammelt werden. Für gleichwertige Lebensbedingungen sollten Bürgermeister verstärkt interkommunale Allianzen bilden und das Kirchturmdenken aufgeben. Städte müssten im Gegenzug dem Land mehr Arbeitsplätze zugestehen und nicht noch mehr Menschen zu Pendlern machen. Magel beklagt weiter die fehlende regionale Verantwortungsgemeinschaft: „München müsste sich viel mehr für das Umland verantwortlich fühlen und andersherum“. Aus der Stadt der kurzen Wege könnte so die Region der kurzen Wege werden.

Ein weiterer Punkt war die Regionalplanung. Diese müsse eindeutiger und stärker praktiziert werden – „auch wenn es manchmal schmerzhaft ist“. Neue Hoffnung kommt aktuell von der Europä-

ischen Union: Diese plant nach langer Zeit den Agrar-, Sozial- und Regionalfond besser miteinander zu verknüpfen. „Oft wird über die EU geschimpft, obwohl viel Gutes von Ihr kommt“, freut sich Magel.

Abschließend appelliert er an die Mitglieder der Akademie für den ländlichen Raum, immer das Gesamtsystem zu betrachten, strategisch zu denken und die Systeme intelligenter zu nutzen. Darüber hinaus müsse die Infrastruktur verbessert werden, da sonst keine Arbeitsplätze entstünden. „Das Wichtigste ist jedoch Bildung, Bildung und nochmal Bildung“, betont der Präsident zum Schluss.

„Stadt und Land nicht gegeneinander, sondern miteinander“, forderte auch Landwirtschaftsminister Helmut Brunner (CSU) in seiner Tagungsrede. Magel warnt vor einem Kannibalismus: „Wir brauchen Urbanität und Ruralität. Wenn alles verwischt, dann haben wir verloren.“ > DAVID LOHMANN

## Der Freistaat bietet die besten Bedingungen für lebenslanges Lernen

# Drum prüfe, wer sich ewig bildet

Bayern bietet einer neuen Studie zufolge die besten Bedingungen für lebenslanges Lernen. Im bundesweiten Vergleich liegen bayerische Kreise und kreisfreie Städte klar an der Spitze. Das geht aus dem „Deutschen Lernatlas“ der Bertelsmann-Stiftung hervor, der am Montag veröffentlicht wurde.

Bei den Großstädten etwa liegt München auf Platz eins und Nürnberg auf Platz vier. Hervorragende Lernbedingungen gebe es aber auch in vielen ländlichen Regionen fernab der Großstädte,

etwa im Main-Spessart-Kreis oder in den Landkreisen Eichstätt, Kitzingen, Miesbach und Weilheim-Schongau. Spitzenpositionen erzielen zudem Erlangen, Bamberg sowie der Kreis Würzburg. Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) sprach von einem „Top-Zeugnis“ für Schüler, Lehrer und natürlich für die bayerische Bildungspolitik.

Der „Deutsche Lernatlas“ will die Bedingungen für lebenslanges Lernen in allen 412 deutschen Kreisen und kreisfreien Städten sowie den Bundesländern „sicht-

bar und vergleichbar“ machen. Neben schulischem Lernen spielen dabei auch berufliches, soziales und persönliches Lernen eine Rolle. Untersucht wurden etwa die Möglichkeiten zur beruflichen Weiterbildung, zum Lernen am Arbeitsplatz, zu sozialem Engagement und zu politischer Teilhabe. Bewertet wurde auch, ob es Kurse zur persönlichen Weiterbildung gibt.

Um die Förderung weiter zu verbessern, will Kultusminister Ludwig Spaenle (CSU) die Ganztagsangebote in Bayern weiter

ausbauen. Nach Angaben des Ministeriums gibt es insgesamt 904 gebundene Ganztagschulen und 3500 offene Ganztagsgruppen an 1286 Schulen. Bei gebundenen Ganztagsangeboten ist der Pflichtunterricht auf den Vor- und Nachmittag verteilt. Diese Angebote könnten jedoch nur vier bis fünf Prozent aller Schüler in Bayern besuchen, kritisiert der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV). Offene Ganztagsangebote seien eine „Billiglösung“, monierte BLLV-Präsident Klaus Wenzel. > BSZ

ernde Projekt für d  
Alpen. > BSZ

## Stadtverwa Bayreuth st auf Doppik

In Bayreuth endet  
chen eine Ära: 2012  
kameralen der ers  
Haushalt vorgelegt  
len Fehlentscheidun  
der Bürger künftig v  
den. Die kommunal  
bei der Entscheidung  
Ressourcenaufkomm  
Ressourcenverzehr  
sowie Aufwendungen  
berücksichtigen. D  
mentierung der in d  
schaft bewährten E  
praxis in die öffentl  
tung soll eine wir  
Aufgabenerfüllung  
den. Auch der baye  
minister Joachim He  
und sein Ministeriu  
kommunale Doppik  
nere und bessere Sys

## Bahn erprob Photovoltaik auf Lärmschu

Die Deutsche Bah  
Nürnberg den Einsat  
voltaikanlagen auf  
wänden. „Es geht da  
derem um die Fra  
grundsätzlich funkt  
wie viel Energie sich  
lässt“, sagte eine Bah  
Bis Ende des Jahres  
lang von Güterzug  
Rangierbahnhof Nür  
voltaikmodule insta  
che Projekte gab es b  
ternen Partnern der  
testet das Unternehm  
regie. Mitte 2012 soll  
nisse des Projekts vo  
desweit gibt es derze  
Kilometer Lärmschut  
lang der Strecken de  
Bahn. > DPA